



5. LANDESFRAUENKONFERENZ DER GdP

**„Anecken statt Wegstecken –
WIR Frauen in der Polizei“**

**Unter diesem Motto stand die
5. Landesfrauenkonferenz, welche
am 6. und 7. März 2014 im Ramada
Hotel in Halle-Peißen stattfand.**

An der Spitze des Vorstandes der Landesfrauengruppe hat sich einiges getan. Zur Vorsitzenden wurde Beate Berndt gewählt, welche bisher Abwesenheitsvertreterin von Viola Wölfer war. Diese wurde zur ersten Stellvertreterin und Verantwortlichen für DGB- und Gleichstellungsarbeit gewählt. Als weitere Stellvertreterinnen wurden Susanne Dornfeld, verantwortlich für Seminare und Veranstaltungen, Anne Haubenreißer, verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und Wenke Krüger, verantwortlich für die Bezirksfrauengruppen und die Arbeitsgruppe Bund/Land, gewählt.

Viel Schaffenskraft und Erfolg für die neuen Aufgaben wünschen wir den neu gewählten Vertreterinnen der Landesfrauengruppe.

Da Viola Wölfer krankheitsbedingt nicht an der Konferenz teilnehmen konnte, hat Marion Herrmann als ehemaliges Vorstandsmitglied den Rückblick auf die letzten fünf Jahre in der Arbeit der Landesfrauengruppe vorgetragen. Die Zeit seit März 2009 war sehr arbeitsintensiv. Neben den jährlichen Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag stand der 8. März 2011 anlässlich des hundert-

jährigen Bestehens des Frauentages ganz im Zeichen einer Blumenaktion, wobei für jede Kollegin eine Ansteckrose zur Verfügung gestellt worden ist. Leider wurde durch diese Aktion wieder deutlich, dass nicht alle Vertreter der Bezirks- und Kreisgruppen hinter ihren Frauen stehen, indem sie diese Ansteckrosen nicht weiterverteilt haben und somit deutlich machten, dass sie den Sinn und die Bedeutung dieser Geste nicht verstanden haben.

Am 11. Dezember 2009 wurde im Rahmen einer Festveranstaltung in den Räumen der Brand- und Katastrophenschutzschule in Heyrothsberge das 15-jährige Bestehen der Landesfrauengruppe gefeiert.

Die Städte Barleben und Schönebeck bildeten die Veranstaltungsorte der beiden Frauenseminare, welche bei den Kolleginnen sehr beliebt und somit die Plätze sehr schnell belegt waren.

Am 18. April 2013 wurde ein Seminar zum Thema „Ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte“ durchgeführt. Ziel dieses Seminars war es, die im Land gewählten Gleichstellungsbeauftragten auf ihre Aufgaben vorzubereiten und auf die Inhalte des Frauenförderungsgesetzes hinzuweisen. Im Rahmen dieses Seminars wurden durch Beate Berndt die Inhalte und Ergebnisse aus dem Gutachten der

Fortsetzung auf Seite 2



**Der neue Landes-
vorstand der
Frauengruppe mit
der neu gewählten
Bundesfrauenvorsit-
zenden Dagmar Hölzl
(Mitte).**

SCHLAGLICHTER*

31. März 2014

*Die neue Ausgabe ist Online –
„Deutsche Polizei“ Landesteil
Sachsen-Anhalt*

Aschersleben. Nachdem die April-Ausgabe der „Deutschen Polizei“ in den Briefkästen lag, ist die Online-Ausgabe unseres Landesteils jetzt für jeden verfügbar.

28. März 2014

*Landtagssitzung zum Antrag
der Fraktion DIE LINKE*

Magdeburg. In regelmäßiger Folge haben wir Euch über die Entwicklung zur strukturellen Neuausrichtung der Polizei informiert. Nunmehr hat uns dieser Weg zur Landtagssitzung nach Magdeburg geführt.

27. März 2014

*Mehr Polizei in Sachsen-An-
halt? – PSR 2014 oder Polizei 2.0?*

Magdeburg. Nach Medienangaben soll sich Sachsen-Anhalts Große Koalition gestern Abend völlig überraschend auf die Einstellung zusätzlicher Lehrer und Polizeianwärter bereits in diesem Jahr verständigt haben.

27. März 2014

Mehr Lehrer, mehr Polizisten ...

Halle. Plötzlich schenkt die Landesregierung den Gewerkschaften Gehör, doch leider stimmt die Rechnung im Bereich der Polizei nicht.

25. März 2014

*6. Bundesfrauenkonferenz –
Mit uns Frauen in die Zukunft!*

Potsdam. Vom Landesbezirk Sachsen-Anhalt nahm die Vorsitzende der Landesfrauengruppe, Beate Berndt, und eine ihrer Stellvertreterinnen, Anne Haubenreißer, als Delegierte an der Veranstaltung vom 16. bis 18. März 2014 in Potsdam teil.

24. März 2014

GdP trifft Fraktion DIE LINKE

Magdeburg. Auf Initiative der BG PD Süd trafen sich der Landesvorsitzende Koll. Uwe Petermann und Koll. Rolf Gumpert von der BG PD Süd mit den Mitgliedern der Linksfraktion, MdL Hunger, Tiedge und Dr. Paschke.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

14. März 2014

Vorschlag GdP: „Krisentreffen“ zwischen MP, MI, MF + MJ und den Gewerkschaften/PHPR

Magdeburg. Jetzt hat der Zustand der Polizei und der Unmut der Kolleginnen und Kollegen einen Punkt erreicht, an dem der Ministerpräsident eingreifen muss.

4. März 2014

Wirbel um die Aussagen des Innenministers

Magdeburg. Für erhebliche Unruhe innerhalb der Landespolizei sorgte ein Wortgefecht während der 59. Landtagssitzung zwischen der Abgeordneten Angelika Hunger (DIE LINKE) und Innenminister Stahlknecht zur Besoldung von Polizeibeamten.

* Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht. Mehr Aktuelles gibt es unter:

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/Nachrichten

5. LANDESFRAUENKONFERENZ DER GdP

Fortsetzung von Seite 1

Hans-Böckler-Stiftung zur Studie „Nach Leistung, Eignung und Befähigung? – Beurteilungen von Frauen und Männern im Polizeivollzugsdienst“ dargelegt.

Sachsen-Anhalt war ein Bundesland, welches neben Baden-Württemberg und der Bundespolizei sein Beurteilungssystem genauer untersuchen lassen hat. Es gab diverse Kritikpunkte an den Beurteilungsrichtlinien unseres Landes, welche bereits bei den zuständigen Stellen angesprochen worden sind.

Dass es ohne Frauen in der Landespolizei und auch in der Gewerkschaftsarbeit nicht geht, zeigt der Anteil an Frauen, welche die GdP bei diversen Veranstaltungen repräsentiert hat. Die GdP war unter anderem auf der Meile der Demokratie, dem Fest der Begegnung und dem Sachsen-Anhalt-Tag vertreten, ohne uns Frauen wäre hier eine Standbetreuung teilweise nicht möglich gewesen. Dies brachte auch Kollegin Vera Rupprich in ihrer Rede zum Ausdruck. Sie dankte allen Kolleginnen, welche am Gelingen zahlreicher Veranstaltungen mitgewirkt haben.

Auf der letzten Landesfrauenkonferenz wurden drei Anträge und ein Dringlichkeitsantrag verabschiedet. Die Neufassung des Frauenförderplanes konnte umgesetzt werden. Durch den Dringlichkeitsantrag zur schnellen Besetzung der Stelle „Landesbeauftragte für Gleichstellung und Frauenpolitik“ konnte der Landesfrauenrat unterstützt und die Stelle besetzt werden.

Der Antrag zur Schaffung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten für unsere Einrichtungen und Behörden sowie die Änderung zu den Wahlen der ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten konnte trotz intensiver Bemühungen nicht umgesetzt werden. Dies wird aber auch in den nächsten fünf Jahren eine Aufgabe sein, welcher sich die Vertreterinnen der Frauengruppe mit viel Einsatzbereitschaft stellen werden und dies auch durch die Einbringung des Antrages zur Schaffung eines Landesgleichstellungsgesetzes beim Landesdelegiertentag im Oktober untermalen.

Ein weiterer Antrag dieser 5. Landesfrauenkonferenz, welcher beim Landesdelegiertentag in diesem Jahr eingebracht wird, ist die Schaffung

von geschlechterneutralen Beurteilungsrichtlinien. Durch die Weiterführung der Studie der Hans-Böckler-Stiftung wird hierfür eine weitere Grundlage geschaffen, um dies umsetzen zu können.

Am ersten Tag der Konferenz kamen die Kollegen Uwe Spallek als stellvertretender Landesvorsitzender und Uwe Petermann als Landesvorsitzender zu Wort. Kollege Uwe Spallek referierte unter anderem über die Außenwirkung der Arbeit der Frauengruppe und lobte hierbei die Arbeit der Kolleginnen im Vorstand. Über brandaktuelle Themen, bei welchen es erst am Vortag der Konferenz zu Neuerungen kam, wie die altersdiskriminierende Besoldung und die Umorganisation der Polizei im Land Sachsen-Anhalt, gab Kollege Uwe Petermann einen Überblick.

„Anecken statt Wegstecken – WIR Frauen in der Polizei!“, dieses Motto trat am zweiten Tag der Landesfrauenkonferenz in den Vordergrund. Die neue Vorsitzende Beate Berndt brachte dies auch in ihrer Rede zu Beginn des Tages zum Ausdruck. Das Thema Gleichstellungspolitik hat sie sich auf die Fahne geschrieben. Es wurde in den letzten Jahren viel geredet, aber nennenswerte Ergebnisse sind nicht entstanden. Die Forderung nach einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten für den Polizeibereich in Sachsen-Anhalt ist Beate Berndt ein besonderes Anliegen, da die zurzeit tätige hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte des Ministerium für Inneres und Sport nicht nur für den Polizeibereich zuständig ist und somit wichtige Dinge, wie die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen oder die Beteiligung bei Stellenausschreibungen auf der Strecke bleiben.

Aber auch das aktuelle Thema der Neuausrichtung der Polizei fand Erwähnung. „Eine einschneidende Veränderung bei der Polizei, die Generationen überdauern wird ...“. Diesen Satz prägte einer der Entwickler der derzeitigen Struktur. Da stellt sich Beate Berndt die Frage, ob hier eine Generation von Insekten gemeint ist.

Im Anschluss an Kollegin Berndts Ausführungen kamen Vertreterinnen und Vertreter einiger Parteien und Verbände zu Wort. Herr Wunsch, Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Gleichstellung, welcher als Vertreter für Frau Dr. Kolb erschienen war, gab an, dass es in dieser Legislaturperiode eine Lösung zur Änderung



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt
Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (0391) 6 11 60 10
Telefax: (0391) 6 11 60 11
E-Mail: lsa@gdp-online.de



Redaktion:
Jens Hüttich (V.i.S.d.P.)
Walter-Kersten-Straße 9
06449 Aschersleben
GdP-Phone:
(01520) 8 85 75 61
Telefon:
(03473) 802985
Fax:
(0321) 21 04 15 61

E-Mail: jens.huettich@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42.50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-281X



5. LANDESFRAUENKONFERENZ DER GdP

des Gleichstellungsgesetzes geben wird. Frau Edwina Koch-Kupfer (CDU) ging darauf ein, dass das Frauenförderungsgesetz nicht mehr zeitgemäß ist und geändert werden muss. Frau Koch-Kupfer sprach sich für anonymisierte Bewerbungen aus, um Frauen bessere Aufstiegschancen zu gewähren.

„Mehr Frauen in der Polizei macht die Polizei besser.“ Dies gab Herr Rüdiger Erben von der SPD im Rahmen seiner Ausführungen an. Im Weiteren ging Herr Erben als einziger Vertreter, welcher nicht für Frauen- und Gleichstellungspolitik in seiner Partei zuständig ist, auf die zukünftigen strukturellen Veränderungen in der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt ein. Bezug nehmend auf das Gespräch der Personalvertreter mit dem Innenminister, Herrn Stahlknecht, bei Kaffee und Kuchen äußerte Herr Erben: „Ist das Innenministerium noch ein Ministerium oder nur noch eine Kaffeebude?“ Er kritisierte in diesem Zusammenhang stark, dass die Personalvertretungen und die Personalräte nicht in die geplante Umorganisation eingebunden wurden. Die für die neue Struktur zuständigen Politiker sollen sich mit den Polizisten unterhalten und nicht mit den Beamten in der Führungsebene.

Die Gleichstellungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Cornelia Lüddemann, brachte zum Ausdruck, dass eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte für den Polizeibereich nötig ist, welche unter anderem an den Personalratsitzungen auf Behördenebene teilnimmt. Frau Lüddemann verwies auf die Magdeburger Erklärung und somit muss aus dem Frauenförderungsgesetz ein Gleichstellungsgesetz werden.

Frau Henriette Quade von DIE LINKE ging neben den schlechten

Arbeitsbedingungen bei der Polizei auch auf die Umorganisation der Polizei ein und sagte hierzu: „Erst über notwendiges Personal reden, dann über Struktur.“ Das Personalentwicklungskonzept sollte kein Personalein-sparkonzept werden.

„Die Gleichstellung in aller Munde ist ein Fortschritt“, so Beate Sinz-Günzel, Hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte für den Bereich des Innenministerium. Durch eine Vielzahl an Zahlen und Statistiken untermalte Frau Sinz-Günzel, dass der Frauenanteil in der Polizei und speziell in den Führungsebenen noch nicht da ist, wo er hingehört. Ebenso wie Frau Lüdemann sprach sich Frau Sinz-Günzel für ein Gleichstellungsgesetz aus, gab aber zu beachten, dass hier im Vorfeld das Frauenförderungsgesetz evaluiert werden muss.

„Das Jahr hat 365 Tage und jeder Tag ist Frauentag.“ Mit diesen Worten schloss Susanne Wiedemeyer vom DGB ihre Rede, in der sie darauf einging, dass das Bildungsfreistellungsgesetz auch für Beamtinnen und Beamte greifen muss und somit geändert werden sollte. Die Kostendämpfungspauschale ist Frau Wiedemeyer ein Dorn im Auge, da hierdurch eine Schlechterstellung gegenüber den gesetzlich Versicherten erzeugt wird.

Kollegin Dagmar Hölzl, die Vorsitzende der Bundesfrauengruppe, setzt die Reihe der Rednerinnen und Redner fort. Sie lobte zunächst die Konferenz und freute sich, eingeladen worden zu sein. Kollegin Hölzl konnte auf dieser Konferenz mit Kolleginnen ins Gespräch kommen und so Meinungen über die Arbeit der Bundesfrauen einholen. „Die Zukunft gehört den Frauen, sie sind flexibler, engagierter und belastbarer als Männer“, unter diesem Motte stellte Frau Hölzl dar, dass die GdP ihre Politik neu ausricht-

ten und dahingehend anpassen muss, dass die Frauen stärker einbezogen werden. Ein weiterer wichtiger Punkt in der Rede von Kollegin Hölzl waren die Beurteilungsrichtlinien. Wie schon vorher Kollegin Beate Berndt, ging Kollegin Hölzl noch einmal auf die Studie der Hans-Böckler-Stiftung ein und machte deutlich, dass sich hier in ganz Deutschland etwas ändern muss.

Uwe Petermann schloss an seine Rede vom Vortag an und brachte zum Ausdruck, dass sehr viele gute Ideen gefallen sind, es aber so sein wird, dass die Legislaturperiode schneller zu Ende sein wird, als die Gesetze geändert werden sind und somit wieder nicht klar ist, was und ob sich etwas verändern wird. Bezug nehmend auf die Aussage von Frau Wiedemeyer, dass 365 Tage im Jahr Frauentage sind, gibt Uwe Petermann zu bedenken, dass der Männertag an Himmelfahrt den Männern vorbehalten bleiben sollte ...

In der anschließenden Diskussion gingen die besorgten Kolleginnen darauf ein, dass die Zahl der Beamtinnen und Beamten nicht ausreicht, um die tägliche Lage zu bewältigen und trotzdem über Personalabbau diskutiert wird. Durch Kollegin Manuela Krohs wurde gefragt, ob es Statistiken darüber gibt, wie sich die Kriminalitätsrate entwickelt, wenn sich die Polizei zurückzieht. Herr Erben antwortete auf diese Frage und gab an, dass es lediglich Spekulationen sind, dass die Kriminalitätsrate steigt, wenn sich die Polizei zurückzieht, also keine Präsenz mehr zeigt. Es ist aber offensichtlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger subjektiv unwohler fühlen, wenn die Polizeipräsenz zurückgeht, auch wenn es objektiv keinen Anstieg in der Kriminalstatistik gibt. Kollegin Peggy Walter

Fortsetzung auf Seite 9

Die TeilnehmerInnen der Frauenkonferenz



Frühjahrseinstellung 2014

40 Studenten/-innen und 24 Polizeimeisteranwärter/-innen haben im März ihren ersten Studientag an der FH Polizei begonnen.

Am 1. 3. 2014 wurden in der Fachhochschule Polizei acht junge Frauen und 32 junge Männer zu Polizeikommissaranwärtern und sechs junge Frauen und 18 junge Männer zu Polizeimeisteranwärtern ernannt.

Für die jungen Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger beginnt damit ein dreijähriges Studium bzw. eine 2½-jährige Ausbildung und heißt es nun, an der Fachhochschule Polizei das Einmaleins des Polizeiberufs zu lernen.

Im Vorfeld der diesjährigen Einstellung wurden die an der Fachhochschule Polizei tätigen Gewerkschaften von der Schulleitung mit einem neuen Regelwerk überrascht.

In dieser „Vereinbarung zur Gestaltung der Präsentation der Berufsvertretungen an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt“ werden die Uhrzeit, der Ort, die Anzahl der Veranstaltungen, die Anzahl der teilnehmenden Personen pro Stand bis zur zahlenmäßigen Festlegung, wie viel Gewerkschaftsvertreter an der Vorstellungsrunde im Hörsaal teilnehmen dürfen, festgelegt. Alles Einschränkungen, die die Tätigkeit der Gewerkschaften an der FH Pol massiv behindert hätten.

Gewerkschaftsarbeit soll an der FH eingeschränkt werden

Wir werten diese Maßnahme der Leitung der Fachhochschule als Verstoß gegen die grundsätzlich gesicherte Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften nach Art. 9 Abs. 3 GG. Nach unserer Auffassung gehört zur Verwirklichung des Demokratiegedankens aus dem Grundgesetz auch eine uneingeschränkte Betätigungsfreiheit der in der Polizei vertretenen Gewerkschaften und Berufsverbände.

Die Gewerkschaft der Polizei schrieb daher am 20. 2. 2014 an Herrn Minister Stahlknecht, mit der Bitte, diese angestrebte „Vereinbarung“ der Fachhochschulleitung rechtlich zu prüfen. In der Antwort des Ministers geht dieser davon aus, dass die vorge-

schlagene Vereinbarung „einer Überarbeitung bedarf“ und „insbesondere von einer Beschränkung der anwesenden Personen ... abzusehen sei“.

Um den Hausfrieden an der FH Pol bis zur rechtlichen Klärung zu wahren, hatten sich die Gewerkschaften weitestgehend an den Entwurf der angestrebten Vereinbarung gehalten.

Wir halten uns vorerst an die Vereinbarung.

Am 10. 3. 2014 stellten sich die an der FH Pol vertretenen Gewerkschaften den insgesamt 84 neuen Kollegen im großen Hörsaal der Fachhochschule vor. Die Veranstaltung wurde vom örtlichen Personalratsvorsitzenden Michael Messerschmidt eröffnet. Michael wies in seiner kurzen Begrüßungsrede auf die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Personalräte hin, aber auch über den Sinn der Gewerkschaften in der heutigen Gesellschaft, im Besonderen für Beamte. Dann stellte er den neuen Kolleginnen und Kollegen die anwesenden Vertreter der Gewerkschaften vor.



„Ecki“ Metz trat wieder einmal für die GdP ans Mikrofon.

Für die GdP sprach Eckhard Christian Metz zu den Studenten. Nach einer herzlichen Begrüßung spielte er den Image-Film der GdP ein. Hierbei wurden die Vorteile einer GdP-Mitgliedschaft vermittelt und mit praktischen Beispielen aus dem Polizeialltag unterlegt.

Diese Beispiele aus dem Film griff Ecki in seiner folgenden Rede wieder

auf und schaffte es mal wieder, die „Neuen“ zu interessieren.

Nach dem offiziellen Teil wurde an unserem Infostand noch von uns eine persönliche GdP-Info-Mappe überreicht, jede Menge Infos zu den Leistungen der GdP sowie die ersten persönlichen Gespräche zwischen Studierenden und den Gewerkschaftsvertretern aus der Bereitschaftspolizei, der Jungen Gruppe und der FH Pol.

Anders als sonst, war an diesem Tag hier Schluss!

Erst zwei Tage später, am 12. 3. 2014, wurde zu unserem ersten individuellen Gespräch bei warmen und kalten Getränken, Brötchen und Kuchen eingeladen. Wie immer war die Resonanz für alle Beteiligten überwältigend.



Auch bei dieser Einstellungsrunde gab es wieder viele Informationsmaterialien.

Der Aufwand hatte sich gelohnt! Die immer selben Fragen; wie teuer ist die Mitgliedschaft, welche Leistungen bietet die GdP, warum brauche ich eine kleine Anwartschaft, was ist der Unterschied zwischen kleiner und großer Anwartschaft ...? wurden von allen beteiligten „Betreuern der AG Werbung“ auch diesmal mit gekonnter Sachlichkeit und überzeugendem Wissen an den/die Mann/Frau gebracht.

Nach nur zwei Vorstellungsveranstaltungen kann bereits das beste Eintrittsergebnis in der Geschichte der BG FH Pol verkündet werden.

Danke an alle Mitwirkenden und Unterstützer aus dem ganzen Land Sachsen-Anhalt!!! Ohne Euch wäre ein solches Ergebnis in diesen Zeiten nicht möglich!!!

Gerald Friese,

Vorsitzender der BG FH Pol

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20140502



BEZIRKSGRUPPE FACHHOCHSCHULE

Nachtrag zur Frühjahrseinstellung

Nach den Querelen im Vorfeld der Einstellungsrunde gab es am 7. 4. 2014 ein Gespräch der Fachhochschulleitung mit den Gewerkschaften.

Daran nahmen der Rektor, die Kanzlerin und der Prorektor sowie die Vertreter der GdP, der DPoIG und des BDK teil. Als erstes übergab der Rektor eine nach den Maßgaben des MI überarbeitete Fassung einer möglichen Vereinbarung. Inhaltlich war insbesondere die Beschränkung des gewerkschaftlichen Auftretens aufgehoben worden.

Gelöst haben wir das Problem der Zutrittsberechtigung für Mitarbeiter von Versicherungen. Nach einer Terminvereinbarung haben die Mitarbeiter von Versicherungen ungehindert Zutritt. Diese müssen sich an der Wache anmelden, werden im Besucherbuch eingetragen und durch den „Gastgeber“ von der Wache abgeholt und wieder zurückgebracht.

Nicht gelungen ist mir leider die Aufhebung einer Passage, die das Recht der Teilnahme von Mitarbeitern von Versicherungen am „Tag der Berufsvertretungen“ versagt. Meine

Bitte, dies noch einmal unter Berücksichtigung meiner Argumente wird wohl in einer überarbeiteten Fassung eher nicht gefolgt werden.

Weiter wurde durch die FH zugesagt, dass die Nutzung der Schaukästen erweitert wird. Gleichfalls besteht die Möglichkeit der Nutzung (außer im Monat der NE) der „Flyerstände“ u. a. dafür vorgesehenen Orte für die Auslage gewerkschaftlicher Publikationen.

**Uwe Petermann,
Landesvorsitzender**

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20140503

EINSATZBETREUUNG DURCH DIE BEZIRKSGRUPPE OST

Kein Platz für Rechts

Am Samstag, dem 8. März 2014, wurden anlässlich des 69. Jahrestages der Zerstörung der Stadt Dessau insgesamt elf angemeldete versammlungsrechtliche Aktionen sowie zahlreiche Spontanversammlungen in Dessau-Roßlau abgesichert.

Durch das Netzwerk „Gelebte Demokratie“ wurde gegen zwei geplante Neonazi-Aufmärsche in der Stadt mobil gemacht. Rund 3000 Menschen haben friedlich gegen Rechts protestiert. Die Bürger Dessau-Roßlaus haben Hand in Hand ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Sie bildeten unter anderem am Nachmittag eine drei Kilometer lange Menschenkette um die Innenstadt. An diesen Gegenveranstaltungen nahmen neben dem Ministerpräsidenten Reiner Haseloff mehrere Landtags- bzw. Bundestagsabgeordnete, der Kirchenpräsident und der Oberbürgermeister teil.

Eingesetzt waren über 1300 Beamte aus den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern, Thüringen, Sachsen sowie aus dem Land Sachsen-Anhalt. Es handelte sich hierbei um den bisher größten Polizeieinsatz im Zuständigkeitsbereich der PD Ost.

Am Rande des Einsatzgeschehens kam es zu einem Verkehrsunfall zwischen einem Einsatzfahrzeug und einer Beamtin der Landesbereitschaftspolizei. Die betreffende Beamtin musste schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Wir

wünschen der Kollegin der LBP LSA gute Besserung!

Wie bereits in den vergangenen Jahren, nutzten wir Gewerkschafter der Bezirksgruppe Ost die Zeit vor dem Einsatzgeschehen, um mit den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen. Anlässlich des „Internatio-

nalen Frauentages“ hatten wir für die eingesetzten Kolleginnen eine zusätzliche Aufmerksamkeit in Form eines Anti-Stressballes in der Tasche.

**Nancy Emmel,
Vorsitzende BG ST OST**

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20140504



**Das Betreuungsteam
der Bezirksgruppe Ost:
Rolf Berger, Michael
Hoffmann, Michael
Senger und Nancy
Emmel (v. l. n. r.)**

TAUSCHPARTNER GESUCHT

Mein Name ist Robert Schwarz, ich beende Ende September 2014 mein Studium im gehobenen Dienst bei der Polizei Brandenburg und bin ab Oktober 2014 als Polizeikommissar beim Land Brandenburg angestellt. Da ich ursprünglich aus dem Land Sachsen-Anhalt komme und gerne wieder in meine Heimat möchte, versuche ich auf diesem Wege, einen Tauschpartner zu finden. Soll-

te Interesse an einem Tausch bestehen, bin ich unter folgenden Daten zu erreichen:

Telefonnummer: 01 76/64 97 91 11
E-Mail: robert.schwarz92@gmail.com

Ich freue mich über jede Rückmeldung und hoffe, dass dadurch zwei Personen wieder in ihrer Heimat leben und arbeiten können.

Robert Schwarz

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20140505





Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit in ...

... Thüringen

Für diese besonderen Situationen gibt es in Thüringen die Arbeitsschutzanwendungsverordnung (ArbSchAnwV) von 2002. Diese Vorschrift lässt unter sehr strengen Tatbestandsvoraussetzungen bei Einsätzen und Einsatzvorbereitungen zu, dass von den grundsätzlich anzuwendenden Arbeitsschutzvorschriften abgewichen werden kann.

Das Arbeitsschutzgesetz lässt diese spezielle Ausnahme für Landesbeamte zu, sieht jedoch vor, dass der Dienstherr andere Maßnahmen zu ergreifen hat, um die verpflichtenden Schutzziele für die Beamten zu erreichen. Das können sein spezielle Ausbildungen oder Tauglichkeitsvoraussetzungen. Um ein Beispiel zu nennen, fällt bereits das Fahren unter der Ausnutzung von Sonderwegerechten unter diese Verordnung. Hier hat das Innenministerium entsprechende Fahrsicherheitstrainings und eine gesundheitliche Prüfung vorgegeben, damit die Beamten bei dieser gefahrgeneigten Situation wenigstens eine möglichst gute Vorbereitung erfahren haben. Von dieser Ausnahmeverordnung haben mehrere Bundesländer Gebrauch gemacht.

Die grundlegende Organisation des Arbeitsschutzes in Thüringen wurde bisher im Erlass zur Arbeitssicherheit und Unfallverhütung in der Thüringer Polizei von 1999 geregelt.

Die Verantwortung für den Arbeitsschutz trägt der Behördenleiter. Ein Teil der Aufgaben kann übertragen werden, jedoch sind die Gesamtverantwortung und das Überprüfen der getroffenen Festlegung nicht teilbar. Zur Unterstützung gibt es den Betriebsarzt und die Fachkraft für Arbeitssicherheit. Sie sollen Verantwortungsträger fachlich beraten. Der Erlass zur Regelung des Arbeitsschutzes befindet sich zurzeit in der Überarbeitung und wird an die neue Polizeistruktur und die aktuellen Änderungen der Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften angepasst.

M. Allewohl

... Sachsen

Mit Erlass des SMI vom 21. Dezember 2004 wurde die Organisation der Arbeitssicherheit in der Polizei des Freistaates Sachsen neu geregelt. Es wurden alle Fachkräfte für Arbeitssicherheit in der sächsischen Polizei beim Polizeiverwaltungsamt (vorher LPD ZD) in ein Referat mit dem Ziel, effizientere, zukunftsweisende Strukturen zu schaffen, zusammengefasst. Der Leiter des Referates ist zugleich die leitende Fachkraft für Arbeitssicherheit.

Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit werden gemäß § 5 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz – ASiG) bestellt.

Mit der Dienstanweisung des Polizeiverwaltungsamtes Nr. 11/2013 über die Organisation der Fachkräfte für Arbeitssicherheit des Referates „Arbeitssicherheit“ vom 29. Januar 2013 werden weitere Festlegungen zur Organisation der Aufgabenwahrnehmung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit für die Polizeidienststellen und die Einrichtung für den Polizeivollzugsdienst sowie für das Sächsische Staatsministerium des Innern, die Landesfeuerwehrschule des Freistaates Sachsen, das Landesamt für Verfassungsschutz, das Landesamt für Denkmalpflege, das Sächsische Staatsarchiv, das Statistische Landesamt Sachsen, den Staatsbetrieb Geobasisinformationen und Vermessung Sachsen, die Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen und für die Akademie für öffentliche Verwaltung des Freistaates Sachsen getroffen bzw. geregelt. Darüber hinaus werden in den jeweiligen Polizeidienststellen und Einrichtungen Sicherheitsbeauftragte auf der Grundlage von § 22 SGV VII und § 20 der Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention“ (GUV-V A 1) bestellt. Sie unterstützen die Vorgesetzten innerhalb der Organisationseinheit bzw. der Liegenschaft bei der Gewährleistung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Torsten Scheller

... Sachsen-Anhalt

Der Arbeitsschutz soll Leben und Gesundheit der Bediensteten schützen und deren Arbeitskraft erhalten. Deshalb ist Beachtung und Einhaltung des Arbeitsschutzes auch ein wichtiger Bestandteil des Betrieblichen Gesundheitsmanagements. Das Verständnis für erforderliche vielschichtige, umfangreiche sowie praktische Maßnahmen der Arbeitssicherheit ist bei den Verantwortlichen unterschiedlich ausgeprägt.

Die dem Dienstherrn obliegende besondere Fürsorgepflicht im Sinne des Arbeitsschutzes musste durch die GdP oft angemahnt werden. Erst seit 2008 sind in den Behörden und Einrichtungen (BuE) für sogenannte Fachkräfte für Arbeitssicherheit (FASi) feste Stellen eingerichtet.

Ein Erlass regelt aktuell den Einsatz von FASi. Das MI LSA nimmt darin Bezug auf einschlägige Gesetze, Verordnungen, technische und sonstige Regelungen. Die FASi sollen u. a. Dienstunfälle auswerten, analysieren und Vorschläge für präventive Maßnahmen unterbreiten. Ferner überprüfen sie Vornahme regelmäßiger Unterweisungen der Bediensteten und kontrollieren die Einhaltung der Vorschriften in den Dienststellen.

FASi initiieren mithin Präventionskampagnen. Nur in der PD Süd besteht eine sinnvolle Personalunion zwischen FASi und Beauftragten für Brandschutz. Für die Ebenen der PRev und RK wurden nebenamtlich tätige Sicherheitsbeauftragte (SIBe) bestellt, die gleichsam als „verlängerter Arm“ der FASi fungieren.

Vierteljährlich treten in den BuE Arbeitsschutzausschüsse (bestehend aus Behördenleiter, PersR, FASi, Vertr. schwerb. Menschen, BARzt und SIBe) zusammen.

Größere Probleme bereitet die Bereitstellung von Arbeitsschutzmitteln (z. B. die PSA bei Brandursachenermittlern oder CO₂-Warngeräte für Sb BtMG). Der oft Missstände rechtfertigende und strapazierte Grund auch hierfür: fehlende Haushaltsmittel.

R.G.



SENIORENGRUPPE FACHHOCHSCHULE**Das erste Treffen im Jahr**

Am Mittwoch, dem 19. 3. 2014, hat sich die Seniorengruppe der Fachhochschule im „Gewandhaus-Café“ in Aschersleben zu ein paar gemütlichen Stunden getroffen.

Es war die erste Zusammenkunft für 2014. Es gab einen regen Austausch über das, was sich bis dahin ereignete hatte. Von den 16 Kolleginnen und Kollegen der Seniorengruppe waren zehn anwesend. Ich, Rita Heier, habe im Oktober 2013 die Funktion des Ansprechpartners für die Seniorengruppe übernommen. In dieser Runde informierte ich auch, dass im Mai Frank Schönfuß und ich zum Landesseniorenkongress nach Halbstadt fahren werden.

Die Senioren treffen sich noch mindestens zweimal in diesem Jahr, am 11. 6. 2014 und am 19. 11. 2014

Rita Heier,

Seniorenvertreterin der FH-Pol

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20140506



Die Mitglieder der Seniorengruppe bei ihrem ersten Treffen im Gewandhaus-Café

5. LANDESFRAUENKONFERENZ DER GdP

von der PD Nord macht deutlich, dass in der neu geplanten „Struktur“ die Sozialverträglichkeit nicht berücksichtigt wird. Durch die Zentralisierung der Verwaltung beispielsweise müssen weitere Fahrstrecken in Kauf genommen werden und das betrifft auch und vor allem Kolleginnen und somit steht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Pflege wieder auf der Kippe.

Zwei stressige, aber auch konstruktive Tage liegen hinter den teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen. Die Delegierten haben einen

Einblick in die Arbeit der Frauengruppe erhalten und es werden sich hoffentlich einige Kolleginnen finden, welche den Vorstand bei den anstehenden Aufgaben unterstützen werden. Der Verteiler der Frauengruppe konnte erweitert werden und durch zahlreiche Gespräche am Rande der Konferenz konnten neue Kontakte geknüpft werden.

Nun heißt es an die Arbeit für den Vorstand der Landesfrauengruppe. Zwei Kolleginnen haben die Frauengruppe des Landes Sachsen-Anhalt

bereits vom 16. bis 18. März 2014 bei der 6. Bundesfrauenkonferenz vertreten. Zeitnah geht es auch an die Vorbereitungen für den 7. Landesdelegiertentag und auch das Jubiläum „20 Jahre Landesfrauengruppe in der GdP Sachsen-Anhalt“ muss vorbereitet werden.

Anne Haubenreißer, stellvertretende Landesfrauenvorsitzende

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20140501

GELACHT ODER NACHGEDACHT

Wer nicht redet, darf sich nicht wundern, wenn er missverstanden wird.

Heute habe ich überhaupt keine Verbindung zu meinem E-LAN.

Das Schönste an der Ironie ist, dass sie immer von den Richtigen falsch verstanden wird.

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20140508

NACHRUFE**Wir trauern um**

Reinhard Schmohl (72) BG Ost

Günther Schwiering (71) BG Süd

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesvorstand

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20140507



SENIORENTERMINE

Seniorengruppen der PD Ost

Bereich Bitterfeld

am 13. 5. 2014 und am 27. 5. 2014 von 10 bis 12 Uhr Bowling auf der Bundeskegelbahn in Sandersdorf.

Bereich Dessau

am 28. 5. 2014 und am 24. 9. 2014 um 17 Uhr in der „Sportlerklausur Kunze“ in Dessau-Roßlau, Kreuzbergstr. 179.

Bereich Wittenberg

am 17. 6. 2014 um 16 Uhr Vollversammlung in Wittenberg und Vortrag zum Thema: „Erneuerbare Energie und Kostenentwicklung“.

Seniorengruppen der PD Nord

Bereich PD Haus

am 19. 5. 2014 und am 15. 9. 2014 um 14 Uhr im Alten- und Servicecenter Sudenburg der Volkssolidarität und der Stadt Magdeburg, Halberstädter Str. 115.

Bereich Bernburg

am 8. 5. 2014 und am 14. 8. 2014 Versammlung jeweils um 14 Uhr in „Lauf's Restaurant“, Zepziger Weg 3 in Bernburg.

Bereich Aschersleben/Staßfurt

am 16. 6. 2014 und am 8. 9. 2014 um 15 Uhr im Hotel „Stadt Aschersleben“, Herrenbreite 17.

Bereich Fachhochschule

am 11. 6. 2014 ab 14 Uhr im „Rosenkaffee“ und am 19. 11. 2014 ab 17 Uhr in „Lilis-Kaffee“ in Aschersleben.

Seniorengruppen der PD Süd

Bereich PD Süd Haus/Revier Halle

am 14. 5. 2014 und am 11. 6. 2014 um 14.30 Uhr in der Begegnungsstätte „Zur Fähre“ der Volkssolidarität Halle Böllberger Weg 150.

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/S-Termine

REDAKTIONSSCHLUSS

der Ausgabe 6/2014 ist

Freitag, der 2. Mai 2014,

und für die Ausgabe 7/2014 ist es

Freitag, der 6. Juni 2014.

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/DP-LSA

